

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 11000 Mark.
In den Ausgabestellen monatlich 10000 M. Bei Postauszug
monatlich 11050 M. Unter Streifband in Polen monatlich 20000 M. Ausland nach
Tageslizenz ungerechnet. Einzelnummer 8000 M. Sonntagsnummer 10000 M.
Bei höherer Gewalt. Betriebsförderung. Arbeitsniederlegung ob. Ausserzung hat der
Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung ob. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Koloniezeile 6000 Mark, die 90 mm
breite Reklamezeile 30000 M. Deutschland u. Freistaat
Danzig ohne Aufschlag, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzaufschlag
und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Offertengebühr 10000 M. — Für das Erstreben der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postcheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 251.

Bromberg, Sonnabend den 3. November 1923.

47. Jahrg.

Eine Hilfsaktion für Kriegsinvaliden wird abgelehnt.

„Christliche“ „Demokratie“.

Warschau, 31. Oktober. Auf der heutigen Tagesordnung im Sejm stand unter Befreiung 9 der Dringlichkeitsantrag Graebe, Franz, betr. die Versorgung der Kriegsinvaliden und Rentner. Der Antrag wurde durch den Abgeordneten Franz wie folgt begründet:

Hohes Sejm! Zur Begründung der Dringlichkeit dieses Antrages braucht man wirklich nicht viel zu sagen. Die Not der Invaliden, Rentner und Pensionäre spricht für sich selbst. Die Herren Abgeordneten werden in der Begründung zu diesem Antrage die Beispiele, die dabei angeführt wurden, wohl gelesen haben. Die traurigsten möchte ich noch einmal herausgreifen:

Der Militärentenempfänger Max Garzke aus Samojschin erhielt noch im September 1923 — 1000 Papiermark. Die Witwe eines Arztes in Bromberg erhält monatlich 100 Papiermark. Der pensionierte Oberwegemeister August Pahlke aus Klein Bartelsee, der am 1. 11. 1920 pensioniert wurde, hat bis Oktober 1922 nur Vorschüsse erhalten, und seit dieser Zeit nichts mehr. Man fragt ihm, er könne vorläufig noch nichts erhalten, da seine Pensionsbezüge noch nicht geregelt sind. Ich muss mich wundern, dass diese armen Leute noch die Pension usw. abheben, da die Schuhe, die auf dem Wege zur Zahlstelle zerissen werden, mehr kosten. Wenn solch eine arme Person ein Gesuch an die zuständige Behörde einreicht, so muss sie an Stempelbüro 30000 Mark bezahlen.

Diese Not schreit zum Himmel.

Der Winter steht hart vor der Tür. Noch nicht eine Kartoffel, noch nicht einen Kopf Kraut haben diese Armen für den Winter anschaffen können, von Kohle und Kleidung gar nicht zu reden.

Ich glaube, dass auch nicht ein einziger Abgeordneter sich hier im Saale befindet, der diesem Antrage Dringlichkeit abprechen wollte, und in diesem Glauben haben wir den Antrag eingebracht. Wir bitten, die Dringlichkeit unseres Antrages anzunehmen zu wollen.

Der Antrag lautet:

Der Sejm ersucht die Regierung:

- zur Überweisung größerer Geldmittel zwecks Erhöhung der Bezüge der betroffenen Personen, sowie zur Herausgabe einer vorläufigen Verordnung, die die Ausszahlung der Teuerungszulagen regelt,
- den ganzen Komplex dieser Angelegenheit so weit vorzubereiten, dass er in der kürzesten Zeit vom Sejm erledigt werden kann.

Gegen den Antrag meldete sich der Abgeordnete Bironski von der Christlichen Demokratie zum Wort, der die Dringlichkeit als Bagatelle hinzustellen versuchte. Er sprach sich u. a. gegen die Dringlichkeit deswegen aus, weil die Regierung bereits selbst in dieser Angelegenheit arbeite. Herr Bironski nannte in seinen ziemlich langen Ausführungen Zahlen, die besonders bei den Kriegsinvaliden großes Erstaunen und große Überraschung hervorrufen werden. So behauptet er, dass ein deutscher Kriegsinvalid in Polen nicht 30000 Mark monatlich, sondern — sofern er ledig sei — monatlich 27900 M. erhalten, verheiratete Kriegsinvaliden mit kleiner Familie erhalten nach Herrn Bironski 2668 258 M. größere Familien sogar 3½ Millionen Mark monatlich. Tausende Kriegsinvaliden wären tatsächlich froh, wenn sie diese Summen erhalten. Auch tausende Witwen würden sich freuen, wenn sie die 63100 M. — nach Herrn Bironski — monatlich erhalten.

Im übrigen versuchte der Abg. Bironski von der Christlichen Demokratie, diese rein charitative Angelegenheit auf das politische Gebiet hinüberzu spielen, wobei er dem Deutschen Klub letzten Endes das Recht abzusprechen versuchte, überhaupt Interpellationen und Eingaben dieser und anderer Art einzubringen. Herr Bironski versteigerte sich hierbei zu dem Sache, dass die deutschen Abgeordneten besser tun würden, bei ihren Verwandten und Bekannten in Deutschland einen Einfluss ausüben, damit Deutschland an Polen das zahle, was diesem zusteht. Die deutschen Abgeordneten unterbrachen hierbei den Verkünden der christlichen Heilslehre mit folgenden Zwischenrufen: Abg. Franz: „Wir haben keinen Einfluss auf Deutschland! Wir sind polnische Staatsbürger!“ Abg. Utta: „Sie würden uns in die Gefangenisse einwerfen, wenn wir versuchen würden, mit der deutschen Regierung in Berührung zu treten!“ Abg. Graebe: „Damit Sie ein zweites Konzil konstruieren können!“ Abg. Panckra: „Ja, das könnte Euch Brüder so passen, Sie scheinen uns wirklich für sehr dumm zu halten!“ Große Erregung unter den Abgeordneten der Minoritäten.

Dank den echt „christlichen“ und „demokratischen“ Ausführungen des Abg. Bironski wurde die Dringlichkeit des von den Abg. Graebe und Franz eingebrachten Antrages mit den Stimmen sämtlicher polnischen Parteien, mit Ausnahme der P. P. S. (Polnische Sozialisten) abgelehnt.

Sachliche Kritiken von Handlungen der Regierung sind zulässig.

Eine Entscheidung des Warschauer Bezirksgerichts.

Das Warschauer Bezirksgericht hat die Beschlagnahme der Nr. 281 des „Kurier Polski“, in der unter dem Titel „Selbstverteidigung oder Selbstanklage“ (Samowrona czy samooskarżenie) der bekannte Regierungsauftritt anlässlich der Warschauer Explosionskatastrophe einer Kritik unterzogen wurde, für ungültig erklärt. Das Gericht begründete diese Entscheidung damit, dass der Verfassung folge eine sachliche Kritik von Handlungen der Regierung zulässig ist.

Protest gegen Korsantys Ernennung.

Die sozialistische Sejmfraktion hat einen ausschließlich begründeten Antrag in Sachen der mit der Verfassung nicht zu vereinbarenden Ernennung des Abg. Korfanty eingereicht. In dem Antrag wird der Sejm aufgefordert, folgendes zu beschließen: Der Sejm stellt fest, dass die Ernennung des Abg. Korfanty zum Minister ohne gesetzliche Schaffung eines solchen Ministeriums und ohne Abgrenzung seiner Tätigkeit im Widerspruch mit der Verfassung steht. Infolgedessen fordert der Sejm den Ministerrat auf, dem Staatspräsidenten einen Antrag über die Beobachtung der durch die Ernennung vergewaltigten Verfassung vorzulegen.

Aus dem Sejm.

Warschau, 2. November. (PAT.) In der Mittwochssitzung wurde nach einem Referat des Abg. Nowicki (Christl. Demokratie) in zweiter und dritter Lesung der Entwurf eines Gesetzes über den Erwerb von Grundbesitz durch Ausländer angenommen. Der Berichterstatter hob hervor, dass im letzten Halbjahr des vorigen Jahres in Oberschlesien von 152 in andere Hand übergegangenen Besitzungen 102 von tschechisch-slowakischen Staatsangehörigen erworben wurden, so dass der Verdacht besteht, dass dieser Ankauf von Besitzungen zielbewusst durchgeführt wird. Abgelehnt wurden die Verbesserungen des Senats zu dem Gesetzentwurf in der Frage der Erhöhung der zweiten Rate der Grund- und Gebäudesteuer, worauf eine Anzahl Dringlichkeitsanträge zur Besprechung gelangten.

Der Abg. Nowicki (Wyzwolenie) begründete die Dringlichkeit eines Antrages über den Bechluss des Ministerrats betreffend die Organisation der Staatsverwaltung. Nach einer Ansprache des Innensenators wurde die Dringlichkeit angenommen und der Antrag der Verwaltungskommission überwiesen. Abg. Czapinski (P. P. S.) begründete einen Antrag in der Frage der Propaganda für den Käffizismus in amtlichen Organen der Staatspolizei und der Staatsverwaltung. Der Innensenator stellte fest, dass die „Gazeta Administracyjna“ (Verwaltungs- und Polizeizeitung) nicht ein direkt amtliches Organ, sondern eher ein halbamtliches sei, und der intrinsische Artikel des Prof. Rappaport keine politischen Tendenzen enthalte. Die Staatspolizei diene nach wie vor lediglich der legalen Regierung, die auf Grund der Verfassung eingesetzt worden ist, und werde kein Werkzeug eines anderen werden. Die Regierung werde Mittel und Wege finden, um Anschläge zu unterdrücken, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Die Dringlichkeit des Antrages wurde abgelehnt. Das gleiche Schicksal ereiste auch einen Dringlichkeitsantrag der Klubs der Nat. Arbeiterpartei und der Poln. Sozialistischen Partei, in dem gefordert wurde, dass alle von der Regierung erlassenen Anordnungen auf Einberufung der streikenden Eisenbahner zu militärischen Übungen zurückgezogen werden sollen, und dass man mit den Vertretern der Streikenden über die von ihnen aufgestellten Forderungen sich verständigen solle. Endlich wurde die Dringlichkeit eines Antrages des Wyzwolenie-Klubs angenommen, in welchem die Regierung aufgefordert wird, vor der Auslandskommission schmunzlig über die Verhandlungen der polnischen Regierung mit dem Vertreter Sowjetrusslands, Kopp, einen Bericht zu erstatten.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die erste Lesung des Budgetvoranschlages für 1924 und die Debatte über das Exposé des Finanzministers.

Polen und die Tschechoslowakei.

Prag, 1. November. Der tschechoslowakische Außenminister Benesch erklärte in seinem Exposé über die polnisch-tschechischen Beziehungen unter anderem folgendes:

„Die rechtliche Angelegenheit der Jaworzyna-Frage wurde dem internationalen Schiedsgericht im Haag zur Entscheidung übergeben. Was unsere Beziehungen zu Polen anbelangt, so habe ich die Hoffnung, dass diese bald aus der Phase der Nervosität und unnötiger Streitigkeiten treten werden. Zwischen Polen und der Tschechoslowakei besteht ein derartiges Verhältnis, dass das Bestehen eines dieser Staaten mit dem des anderen eng verknüpft ist. Uns verbinden im hohen Maße gemeinsame politische, wirtschaftliche, moralische und kulturelle Interessen. Es bestehen jedoch eine Reihe von Missverständnissen und ein gegenseitiges Misstrauen. Die internationale Lage ist derart, dass eine Verständigung unumgänglich ist, und ich glaube, dass man sich auch in Polen darüber Rechenschaft gibt. Ich glaube, dass der Moment nahe ist, wo die Bevollmächtigten beider Länder an einem Tische objektiv genau und ruhig entscheiden werden können, welche Interessen gemeinsam und welche gegenseitig sind. In identischen Interessen werden sie ein gemeinsames Vorgehen festsetzen, in parallelen Angelegenheiten gegenseitige Loyalität zeigen und in eventuellen strittigen Fragen zu einem Kompromiss gelangen, so dass in dieser Weise das Verhältnis dieser Staaten sich endgültig festigen wird. Die polnisch-tschechischen Schwierigkeiten wurden bisher der Öffentlichkeit zur Erledigung überlassen und nicht verständigen und verantwortlichen Politikern. Zwischen uns und Polen bestehen keine grundsätzlichen Schwierigkeiten und dürfen auch keine bestehen.“

Dies sind eher vorübergehende und zeitweilige Schwierigkeiten, die man lösen wird, wenn aus unserer gegenseitigen Politik die Prestigefrage und die Frage der Einschätzung realer Grundlagen durch das Verbreben zur Verständigung und das Bewusstsein der Verantwortung vor der Geschichte ersezt wird.“

Mark und Dollar am 2. Novbr.

(Vorberichtlicher Stand um 10 Uhr vormittags.)

Danziger Börse

Dollarparität:
Polennoten 1 600 000
d. M. 450 000 000 000

Warschauer Börse
1 000 000 d. M. = 10 p. M. 1 Doll. 1 600 000 p. M.

Protest gegen die Massenhaussuchungen bei Deutschen.

Interpellation

der deutschen Abgeordneten der deutschen Sejmfraktion über die Massenhaussuchungen bei Staatsbürgern deutscher Stammburgigkeit.

Artikel 100 der Verfassung der polnischen Republik lautet: „Die Wohnung des Bürgers ist unaufstöbar.“ Diese Bestimmung ist in letzter Zeit in allen Teilen Polens mit Zügen getreten worden, was am besten durch zahlreiche Anträge und Interpellationen von Abgeordneten der verschiedenen Sejmfraktionen zum Ausdruck kommt. Auch die deutsche Minderheit in Polen hat in diesen Tagen den Wert der in der Verfassung verankerten Rechte gelernt. Am Freitag, den 19. und 20. Oktober d. Jrs. fanden bisher noch nie dagewesene Massenhaussuchungen bei friedlichen polnischen Staatsbürgern deutscher Stammburgigkeit statt, und zwar nicht nur in dem bisher besonders bedachten ehemaligen preußischen Teilgebiet und in Oberschlesien, nein, auch in Kongresspolen, in Galizien und in der Westerwald-Gegend. Diese Haussuchungen, die zum erstenmal in massenhaft und zu gleicher Zeit in ganz Polen veranstaltet wurden, erstreckten sich nicht nur auf die Räume von Angehörigen unserer völkischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbänden, auf die Redaktionen mehrerer deutscher Zeitungen, sondern auch auf die Wohnungen und Büros aus politisch vollkommen untauglichen Deutschen, des weiteren sogar auf die Wohnungen bzw. Büros unserer Senatoren und Sejmabgeordneten.

Die überall in erstaunlich hohem Aufgebot erschienenen Beamten machten die Untersuchungen sämtlicher Zimmer so gründlich, dass sie in keinem Spind, in keiner Kommode, in einem längst ergessene Brautkiste schlummerten, das unterste nach oben zu führen verpaßten, ja sogar Holz- und Rumpelsämmern von der Untersuchung nicht ausnahmen.

Nur einige der uns zahlreich vorliegenden Fälle seien besonders erwähnt:

In Katowitz fanden beim Deutschen Volksbunde und bei verschiedenen deutschen Personen Haussuchungen statt. Auch die Wohnung des gegen 70 Jahre alten und in der Stadt hochangesehenen Stadtrats Kaluś wurde durchsucht, und Herr Kaluś, trotzdem die Durchsuchung resultlos verlief, gezwungen, zur Polizei zu gehen, wo er mehrere Stunden mit der Begründung festgehalten wurde, dass er müsste von einem Kommissar verhören werden. Vergeblich hatte der Verhaftete gebeten, ihn zu entlassen, da er zu jeder Stunde zur Vernehmung bereit stehe, selbst eine Mitteilung an seine Familie über seinen Verbleib durfte er nicht machen. Die Wiederholung der Bitte um sofortige Vernehmung oder vorläufige Entlassung durch den Senator Szarejowski, der von den um das Leben des Vaters besorgten Kindern um Information gebeten worden war, wurde abgelehnt. Erst einige Zeit darauf wurde Herr Kaluś ohne Vernehmung und ohne Angabe von Gründen für die Verhaftung entlassen. Er ist gegen ½ Stunden festgehalten gewesen.

In Łódź wurde außer einer ganzen Reihe von Wohnungen friedlicher Bürger, den Räumen des deutschen Schul- und Bildungsvereins, der ausschließlich ein kultureller Verein ist, u. a. auch die Geschäftsstelle des „Bundes der Deutschen Polens“ durchsucht. Obwohl kein Vertreter des Bundes anwesend war, wurde eine Tischschublade mittels Nachschlüssel geöffnet und sämtliche darin enthaltenen Bücher und Papiere einer gründlichen Prüfung unterzogen und beschlagnahmt. Die inzwischen angekommenen Sejmabgeordneten Ullata und Zerbe machten die Beamten auf die ungesetzliche Handlungswise aufmerksam, da nach den bestehenden Vorschriften eine Revision nur im Besitz des Besitzers, also in diesem Falle eines Vorstandsmitgliedes des „Bundes“ vorgenommen werden darf. Die Antwort war: „Interpellieren Sie im Sejm!“ — In den Räumen der Verlagsgesellschaft „Libertas“ wurde das Protokollbuch der Gesellschaft mitgenommen, wodurch ihre Tätigkeit eine Störung erfahren hat.

In Rawisch wurde sogar die Nächste und deutscher Frauen revidiert.

In Posen gab sich ein in den Räumen des Deutschstumsbundes untersuchender Kriminalbeamter als Lockspießer her, indem er am Telefon eine Frauensimme nachzuahmen versuchte, um sich auf diese Art in das Vertrauen der Anwälten einzuschleichen.

In Goleniów wurde ein Deutscher, der an schwerer Herzschwäche leidet und auf ärztliche Anordnung das Bett hüten musste, gezwungen, aufzustehen und sich anzugießen. Erst als sich bei dem Kranken ein Muskel des Herzmagens bemerkbar mache und der herbeigeeilte Arzt eine bedrohliche Verhämmerung des Krankheitszustandes feststellte und absolute Ruhe anordnete, wurde der Kranke von den Inquisitoren freigegeben.

Als besonders schwerwiegenden Fall sei ferner auf die Nichtachtung der Abgeordnetenimmunität hingewiesen. So wurden verschiedene Büros deutscher Abgeordneten und Senatoren untersucht, u. a. wurde das Büroschild des Abg. Daczko von den Beamten abgerissen und während seiner

Abwesenheit seine Sekretärin gezwungen, sämtliche Spinde und Schränke zu öffnen.

Unerhört ist das Verhalten der Behörden gegen den Senator Hirschbach. Während seiner Abwesenheit wurde in seine Privatwohnung eingedrungen und dieselbe durchsucht.

Alle Beamten gingen mit geringen Ausnahmen noch insofern gesetzwidrig vor, daß sie sofort an Ort und Stelle den gesamten Schriftwechsel durchlassen, was nur dem Untersuchungsrichter gestattet ist. Ebenso verweigerten sie in den meisten Fällen die im Gesetz vorgesehene sofortige Versiegelung der mitgenommenen Schriftstücke, unter denen sich sogar alte Jahrgänge von Predigten evangelischer Pastoren befanden.

Alle diese die Bevölkerung aufs äußerste empörenden Maßnahmen hatten zum Ziel, belastendes Material gegen den Deutschenbund zu Tage zu fördern, über dessen widerrechtliche Schließung wir bereits informierten.

Wir protestieren auf das allerschärfste gegen die Unterstellungen, daß sich der Deutschenbund irgendwie gegen die Strafgesetze vergangen hätte. Auch das bekannte Konitzer Urteil bietet für eine solche Unterstellung nicht den mindesten Anhalt.

Einsilbigen haben die Verurteilten gegen das Urteil Revision eingeleget. Es ist also nicht zulässig, mit jenem noch nicht rechtskräftigen Urteil gegen uns zu operieren.

Tut man es dennoch, so haben auch wir das Recht und die Pflicht, zu dem Urteil Stellung zu nehmen.

Wenn man, wie das im Konitzer Urteil geschehen, eine Organisation verant-

wortlich macht für irgend ein Schreiben, das irgend eines ihrer Mitglieder einmal erhalten hat, und wenn man einen harmlosen Privatbrief auswertet, wie dies gegenüber Herrn Scherff mit dem Winklerschen Briefe geschehen ist, dann ist es allerdings leicht, auch den Harm-

losen der Spionage anzuladen. Das zweite belastende

Moment, das man Herrn Scherff als Spionage auslegte,

war folgendes: Ein deutscher Fürsorgekommisar hatte angefragt, ob ein abgewandter Konitzer Gastwirt X., der früher Verdängungsschadensatz beanspruchte, tatsächlich verdrängt worden sei. Herr Scherff antwortete, von Verdrängung könne keine Rede sein, da die früher

X.che Gastwirtschaft noch auf genügenden deutschen Verkehr hätte rechnen können, zumal insbesondere auch die örtlichen Mühlen mit ihrem zahlreichen Personal und ihrer starken Lokalforschung noch in deutscher Hand wären. Eine solche,

dem Interesse des polnischen Staates dienende Auskunft soll die Merkmale der Spionage enthalten? Nach dem vom Außenminister Seyda dem "Temps"-Vertreter gewährten Interview scheint ja speziell die von Scherff gegebene Auskunft über die Konitzer Mühlen als eine besonders verdammenswerte Preisgabe höchst intimen Staatsgeheimnisses angesprochen worden zu sein. Ja, dann freilich! — —

Und wenn man uns, wie in dem Konitzer Fall, der Ge-

heimbündeli verächtigt, weil wir Mitglieder gehabt haben, deren polnische Staatsangehörigkeit angezweifelt wurde, und weil wir der Durchführung von Verordnungen, die wider die internationales Verträge sind,

durch Eingaben an den Völkerbundrat zu begegnen suchten, so kann man allerdings mit leichter Mühe alle unsere Organisation in Stücke schlagen.

Wir haben bei der Ungehörlichkeit des Vorgehens die Empfindung, als wenn man dabei einzeln und allein die Öffentlichkeit von all dem ablenken wollte, was dem Staat in Wahrheit zum Schaden gereicht. Die verhakten Deutschen sollen eben wieder einmal zum Pragelkneben gemacht werden. Ein neues Glied in der Kette der Methode zur Entdeckung des Landes, eine selbstverständliche Frucht der Regierungserklärung anlässlich der Explosion in der Warschauer Zitadelle.

Wir sind nicht gewillt, die unserem Volkstum widerfahrene Unduld und die schwere Beeinträchtigung der uns in der Konstitution und internationalen Verträgen gewährleisten bürgerlichen Freiheit stillschweigend hinzunehmen und richten daher an den Herrn Ministerpräsidenten die dringende Anfrage:

1. Welche Amtsstelle trägt die Verantwortung für die Vornahme der bei den Deutschen erfolgten Durchsuchungen und Beschlagnahmen?

2. Ist der Herr Ministerpräsident bereit, die schuldigen Beamten zur disziplinarischen und strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen, und

3. Was ist in dieser Richtung bisher geschehen?

Warschau, den 30. Oktober 1923.

Die Interpellanten.

Spionage?

Die Warschauer "Rzeczpospolita" veröffentlichte dieser Tage einen Lageplan der Zitadelle, auf dem alle dort vorhandenen Objekte (Pulver- und Geschosslager, Forts usw.) ganz genau bezeichnet sind.

Wir denken an die friedlichen Konitzer Wassermühlen, die sämtlich schon zu deutscher Zeit bestanden und darum vielen Behörden und Emigranten in ihrer ganzen Staatsgefährlichkeit wohl bekannt sind. Wir denken daran, daß uns der Herr Außenminister a. D. Seyda vor der ganzen Welt des Hochverrats verdächtigte, weil der bedauernswerte Herr Scherff nach drüben mitgeteilt hätte, diese Mühlen wären noch in deutscher Hand. Wir denken an das Konitzer Urteil, an vier Jahre sieben Monate Buchthaus, an die Verdächtigungen von hunderten, ja tausenden unschuldigen Bürgern, die sich — die Haussuchungen sind ein Beweis dafür — an das Konitzer Urteil knüpften.

Wir denken: wie gut ist es doch, gleich der "Rzeczpospolita" ein Organ der Regierung zu sein. Und uns graut, hätte etwa der von dem Blatt des ehrenwerten Herrn Stroński veröffentlichte Lageplan der Warschauer Zitadelle in einer deutschen Zeitung gestanden, oder wäre diese Zeitung bei der nächsten Haussuchung beschlagnahmt worden. Was dann geschehen wäre, ist nicht auszudenken. Die "Rzeczpospolita" hätte getötet. Heute wird sie wohl noch der Ansicht sein, daß ein harmloser Bericht über das Eigentum friedlicher Wassermühlen gefährlicher ist als eine Skizze der Pulver- und Geschossläger der Warschauer Zitadelle.

Es gibt sehr viele Dinge zwischen Himmel und Erde, die unsere beschränkte Schnellweisheit nicht begreift.

Polen und Litauer in Deutschland.

Für eine Einheitsfront der polnischen und der litauischen Minderheit in Deutschland tritt die "Gazeta Olsztyńska" ein, indem sie schreibt: "Wir Polen haben mit den Litauern ein gemeinsames Interesse. Was gehen uns die Gegenseite zwischen Litauen und Polen an? Wir hier in Deutschland haben dieselben Interessen wie die Litauer in Deutschland: die Interessen der nationalen Minderheiten in Deutschland. Wir müssen das suchen, was uns verbindet, nicht das, was uns trennt. Wir müssen uns verbinden gegen das System der Germanisierung in Ostpreußen. Wir müssen, wenn das möglich ist, eine gemeinsame polnisch-litauische Front bilden."

Dazu schreibt der "Dziennik Berlinński" (Nr. 213): Diese Ausführungen unterstreichen wir ganz und gar. Gegenwärtig müssen wir zwei Bemerkungen dazu machen. Die Gegenseite zwischen Litauen und Polen gehen uns an wie jeden Polen. Jedem Polen ist es schmerzlich, daß die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarvölkern, den Litauern und den Polen, sich so unerfreulich gestaltet haben. Jeder Pole wünscht möglichst baldige Änderung dieser Beziehungen.

gen und glaubt an die Erfüllung dieses Wunsches. Etwa anderes ist es, daß wir, die Polen in Deutschland, nicht den Anspruch erheben können, daß unsere Meinung über die staatlichen Gegenseite zwischen Litauen und Polen als entscheidend ins Gewicht fällt. Aber in anderem Sinne müssen diese Gegenseite, wie wir schon ausführten, uns wohl annehmen. Die zweite Bemerkung betrifft die Schaffung einer Einheitsfront der polnischen und der litauischen Minderheit in Deutschland. Wir sind der Ansicht, daß dem nichts im Wege steht. Die Zusammenarbeit mit den Litauern muß ebenso behandelt werden wie die Zusammenarbeit mit den Dänen. Auf dieser Grundlage wird sich die polnische Minderheit sicherlich mit der litauischen Minderheit verstehen, und wir sind fest überzeugt, daß jeder Litauer Deutschlands auf diesem Boden sich an die Seite der Polen in Deutschland stellen wird."

Ein lange erwarteter Besuch.

Eine Mitteilung des "Dziennik Berlinński" begeben sich Anfang November zwei sozialdemokratische Abgeordnete des preußischen Landtags privat nach Polen, um die Schulverhältnisse der deutschen Minderheit in Polen an Ort und Stelle in Augenschein zu nehmen. Es begleitete sie auf ihrer Reise nach Polen die beiden polnischen Abgeordneten des preußischen Landtags Graf Sierakowski und Baczewski.

In Treue fest!

Die Deutschen Nachens gegen Sonderbündler und Renegaten.

Die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden von Aachen, die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, sämtliche politischen Parteien, die Geistlichkeit aller Konfessionen, die Gewerkschaften und Beamtenverbände, die Handels- und Handwerkskammer, die Frauenverbände und die konservativen Vereinigungen haben folgenden Aufruf erlassen: „Zu den schweren Leiden, die der aufgezwungene Friedensvertrag im besonderen Maße dem Rheinland auferlegt hat, kamen in der letzten Zeit stetig wachsend die Drangsalierungen, denen das rheinische Volk durch die sogenannten Sonderbündler ausgesetzt war. Diese angeblichen Vertreter rheinischer Interessen streben unter Mißachtung aller demokratischen Formen danach, auch das Rheinland, die Wiege der deutschen Kultur, vom Reiche loszulösen. In Aachen, einer der ältesten Städte deutscher Kultur, entblößt sich eine Gruppe Stadtfremder und volksverräterischer Gesellen nicht, unterstellt durch die Besatzungsmacht, die sogenannte rheinische Republik auszurufen. Die erdrückende Mehrheit der gesamten Bevölkerung der alten deutschen Reichsstadt erhebt gegen diese drohende ungeheure Vergewaltigung vor dem Forum der gesamten Welt lärmenden Protest. Möge das Weltgemissen, das so oft in den letzten Jahren gegen Deutschland aufgetreten wurde, jetzt auch endlich einmal dem bedrängten und vergewaltigten deutschen Volksteil, dem deuthesten aller Stämme, Gehör leisten. Die Aachener treue Deutsche Bevölkerung richtet diesen energischen Protest insbesondere auch an den Völkerbund, auch an alle die Mächte, die an der Besatzung teilnehmen und teilgenommen haben, und fordert, ihr in diesem Falle wirksamen Schutz gegen Terror und Vergewaltigung nicht zu versagen oder ihr doch wenigstens durch wirkliche Neutralität die Möglichkeit zu geben, selbst verfassungsmäßige Zustände herzustellen. Möge dieser flammende Appell des Aachener Volkes, das keinen anderen Wunsch hat, als in Frieden mit aller Welt den dorntenvollen Leidensweg des Wiederaufbaus seines geliebten Vaterlandes zu gehen, nicht ungehört verhallen.“

Düsseldorf, 31. Oktober. PAT. Die rheinische Republik wurde in acht weiteren Ortschaften proklamiert. (Das Klingt sehr vorsichtig! D. Red.)

Nach Berliner Meldung hat sich die Lage im Rheinland gebessert. So sind München-Gladbach, Neukirchen und mehrere andere Orte von den Separatisten frei. In Euskirchen ist die Lage noch ungünstig. In Trier sind an Stelle der Separatistenposten französische Posten aufgezogen mit der Begründung, daß die Separatisten bei ihrem Erscheinen die Bevölkerung zu sehr beunruhigen. Nach den Meldungen aus Aachen soll die Separatistenherrschaft dort von der interalliierten Rheinlandkommission erkämpft worden sein. Eine Bestätigung dieser Nachricht fehlt noch. In mehreren Orten sind Plünderungen vorgekommen.

England gegen die Sonderbündler.

Paris, 1. November. (PAT) Havas erläutert, daß die britische Regierung ihre Gefänden in Paris und Brüssel beauftragt hat, die Regierung Frankreichs und Belgien zu benachrichtigen, daß sie die Gesetzmäßigkeit der rheinischen Regierung nicht anerkennt und der Entfaltung der separatistischen Bewegung in dem englischen Okkupationsgebiet sich widersteht.

Dem "B. T." wird von seinem Londoner Korrespondenten geschrieben:

Ein Lächeln in der gegenwärtigen Lage ist es, daß sich die Haltung Englands in der Rheinlandfrage erheblich versteift zu haben scheint. Noch vor einigen Monaten war man hier nicht ganz sicher, daß die separatistische Bewegung nicht vielleicht doch im rheinischen Volk wurzeln. Aber die blutigen Vorfälle der letzten Zeit, über die eine ganze Anzahl englischer Journalisten objektiv berichtet hatte, haben den Engländern hierüber die Augen geöffnet. Auch die zahlreichen in hiesigen Blättern veröffentlichten Photoaufnahmen der rheinischen Separatisten haben ihren Eindruck nicht verschafft. "Das sind ja regelrechte Räuberbanden!", solche Meinungen kann man hier sogar in den Diehard-Kreisen hören. Daß die separatistische Regierung unter diesen Umständen von England anerkannt werden könnte, erscheint heute ausgeschlossen. So wird heute klar und klar im Leitartikel der "Times" ausgeführt: "Welche Politik Frankreich auch verfolgen mag: es ist ganz klar, daß die englische Regierung und die englischen Besatzungsstruppen Herrn Matthes und seine Anhänger nicht unterstützen können. Wir müssen fortfahren, Köln nach dem Grundsache von Treu und Glauben und einer gesunden Politik besiegt zu halten. Im Kölner Besatzungsgebiet darf den Separatisten keine Koncession gemacht werden, mit Gewalt die freie Entscheidung der Kölner Bevölkerung zu beeinflussen. Die Usurpation des Herrn Matthes darf sich nicht auf Köln erstrecken." In diesem sehr bedeutungsvollen Leitartikel wird weiter ausgeführt, daß die separatistische Bewegung von höchst zweifelhaften Elementen in einem durchaus widerstreitenden Volke aufgewungen worden sei.

Zwei englische Noten.

Paris, 2. November. (PAT) Der englische Botschafter in Paris händigte dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré zwei Noten der englischen Regierung

ein, deren erste die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf die rechtlichen Folgen der Abtrennung von Provinzen vom Reich lenkt. Da diese Provinzen den Friedensvertrag nicht unterzeichnet hatten, würden sie auch nicht die Verpflichtungen des Reichs auf sich nehmen. Die zweite Note schlägt vor, die Vereinigten Staaten zu bitten, einen Delegierten für die Sachverständigenkommission zu ernennen. Eine ähnliche Note wurde auch in Brüssel überreicht.

Die rheinische Trikolore in Düsseldorf und Trier.

Düsseldorf, 2. November. (PAT) Auch hier wurde die rheinische Republik proklamiert. In Trier besetzten die Separatisten das Rathaus.

Die Lage in Sachsen.

Dresden, 2. November. (PAT) Der Reichskommissar Heinze ist nach Berlin abgereist, um dem Reichskanzler Mitteilung von seinem Rücktritt zu machen. Er hält seine Mission für beendet. Die Situation ist derart, daß der neu gewählte Ministerpräsident Nelliß seinen Posten nicht übernehmen kann, da Dr. Heinze auch weiterhin von seiner Vollmacht Gebrauch macht.

Dresden, 2. November. (PAT) Gestern abend sollte die Verteidigung des neuen Ministerpräsidenten und die Ernennung der neuen Mitglieder der sächsischen Regierung erfolgen. Im letzten Augenblick ist jedoch eine Änderung der Lage eingetreten, da die Deutsche Volkspartei vor Beginn der Landtagssitzung kategorisch von den Sozialisten und außerdem die Bildung einer Koalitionsregierung unter Teilnahme der Deutschen Volkspartei forderte. Gegenwärtig finden noch Beratungen der einzelnen Fraktionen des sächsischen Landtages statt. Wie verlautet, hat die sozialdemokratische Fraktion die Forderung der Deutschen Volkspartei abgelehnt, worauf die Deutsche Volkspartei die Auflösung des Landtages verlangte.

Das sparsame Deutschland.

Neuregelung der Liquidations- und Ausgleichsschäden.

Die deutsche Reichsregierung läßt durch W. T. B. folgendes erklären:

Die überaus ernste Finanzlage des Deutschen Reiches hat zur Folge, daß die Unterstützungen für unsere unter der Gewalt der Franzosen und Belgier befindlichen Volksgenossen an Rhein und Ruhr auf das Äußerste beschränkt werden müssen. Wenn wir der Bevölkerung und der Wirtschaft der besetzten Gebiete nicht mehr so helfen können, wie wir möchten, so ist es unvermeidlich und selbstverständlich, daß auch für das gesamte übrige Deutschland schwere Einschränkungen eintreten müssen. Die Grundlage für jede finanzielle Rettungsmöglichkeit ist, daß in absehbarer Zeit der Haushaltspol des Deutschen Reiches einschließlich der Länder und Gemeinden ins Gleichgewicht gebracht wird. Die erforderlichen Schritte müssen, da keinerlei Zeit zu verlieren ist, schnell und durchgreifend getan werden. Aus dieser Erkenntnis heraus hat der Reichstag das Ermächtigungsgesetz beschlossen. Die Reichsregierung hat daraufhin eine Reihe von tief eingreifenden Sparmaßnahmen in Form von Verordnungen mit Gesetzeskraft beschlossen, denen andere folgen sollen. Wenn sie auch unvermeidlich für große Teile der Wirtschaft und der Bevölkerung schwere Härten mit sich bringen, so bilden sie doch das einzige Mittel, um die Gesamtheit des deutschen Volkes und das Reich zu retten.

Die einzelnen Verordnungen beziehen sich auf folgende Punkte:

1. Da das Reich nicht mehr imstande ist, die Lasten zu tragen, die sich aus den Sachlieferungsverpflichtungen ergeben, so sind solche Lieferungen seit dem 11. August auf Grund eines Kabinettsbeschlusses, der der Reparationskommission mitgeteilt wurde, nicht mehr abgeschlossen worden. Nunmehr hat auch die Zahlung von Entschädigungen vom 21. Mai 1920 ausgesetzt werden müssen. Weitere Zahlungsbeschränkungen lassen sich nicht vermeiden.

2. Die Neuregelung der Liquidations- und Ausgleichsschäden stellt einen besonders empfindlichen Eingriff dar, da er auch die Auslandsdutschen und die Deutschen aus den abgetretenen Gebieten trifft. Die Geschädigten müssen sich eine bedenkende Einschränkung der ihnen zu stehenden Ansprüche gefallen lassen. (Wir machen aufdrücklich darauf aufmerksam, daß selbstverständlich die der Nachrüstung des gemischten deutsch-polnischen Schiedsgerichts unterliegenden Liquidationsansprüche von den Sparmaßnahmen des Deutschen Reiches nicht betroffen werden. D. Red.) Eine Beihilfe des Reiches für Valutazuschüsse ist völlig in Weißfall gekommen. Die Stammenschädigung wird auf 2 vom Taufend des Kriegsverlustes vom 21. Mai 1920 ausgesetzt werden müssen. Weitere Zahlungsbeschränkungen lassen sich nicht vermeiden.

3. Die Neuregelung der Liquidations- und Ausgleichsschäden stellt einen besonders empfindlichen Eingriff dar, da er auch die Auslandsdutschen und die Deutschen aus den abgetretenen Gebieten trifft. Die Geschädigten müssen sich eine bedenkende Einschränkung der ihnen zu stehenden Ansprüche gefallen lassen. (Wir machen aufdrücklich darauf aufmerksam, daß selbstverständlich die der Nachrüstung des gemischten deutsch-polnischen Schiedsgerichts unterliegenden Liquidationsansprüche von den Sparmaßnahmen des Deutschen Reiches nicht betroffen werden. D. Red.) Eine Beihilfe des Reiches für Valutazuschüsse ist völlig in Weißfall gekommen. Die Stammenschädigung wird auf 2 vom Taufend des Kriegsverlustes vom 21. Mai 1920 ausgesetzt; dazu tritt ein Entmützelungszuschuß in Höhe von 3 vom Taufend. Die Belastung des Reiches wird sich hierdurch auf etwa ein Viertel der bisher geschätzten Summe verringern. Soweit Gegenstände aus Nutzen des Vertrages von Versailles entgegnet worden sind, ist die Aussetzung der Entschädigungszahlungen durch besondere Verordnung angeordnet.

3. Das ernsthafte Streben, fünf Jahre nach Kriegsende Schluß zu machen, hat die Reichsregierung veranlaßt, eine Abgeltungsverordnung zu erlassen, auf Grund deren sämtliche Ansprüche gegen den ehemaligen Seeres- und Marinestützpunkt in einem beschleunigten Verwaltungsverfahren abzuwalzen. Mit wenigen Ausnahmen (Kriegsschäden, Versorgungsansprüche) fallen alle derartigen Ansprüche, soweit sie nicht bereits rechtskräftig festgestellt sind, unter die Verordnung. Dieses Verfahren entspricht einer Abzähnung, wie sie in schwerster Zeit zu Anfang des vorigen Jahrhunderts auch

der preußischen Staat vorgenommen hat.

4. Um eine Ersparnis in den hohen Personalausgaben mit sofortiger Wirkung zu erzielen, ist der Weg des Abbaus des Beamtenkörpers beschritten worden. Das deutsche Volk hat nicht mehr die wirtschaftliche Kraft, den großen Behördenapparat, der heute besteht, zu tragen. Die Zahl der Reichsbeamten soll in kurz bemessener Frist um 25 Prozent vermindert werden. Die Auswahl der zu entlassenden Beamten ist durch die Beamtenabbauverordnung genau geregelt. Politische und konfessionelle Gesichtspunkte dürfen dabei keinerlei Rolle spielen. Bei Bewertung des Warte-

Trinkt
Porter Wielkopolski.

geldes ist die Regierung bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit des Reiches gegangen. Der Abbau bezieht sich naturgemäß auch auf die Angestellten des Reiches, von denen nur die aus zwingenden dienstlichen Gründen unentbehrlichen Kräfte beibehalten werden sollen. Die Ausdehnung der entsprechenden Maßnahmen auf die Länder und Gemeinden ist gewährleistet. Alle Maßnahmen des Beamtenabbaus sind so getroffen, daß der Charakter des Berufsbeamteniums, das eines der festesten Träger des Staates ist und bleiben muß, gewahrt wird. Umgekehrt würde angesichts der außerordentlich ernsten Finanzlage des Reiches für das Berufsbeamtenium als solches eine dringende Gefahr entstehen, wenn nicht rechtzeitig durch Verminderung der Zahl auf das Extraktive und Notwendige die Grundlage für eine Neubefestigung geschaffen würde.

Auf der Einnahme des Staats steht die Lösung dringender Aufgaben bevor. Wesentliches ist eingeleitet. Durch die neue Gesetzgebung über die Steuer auf Ertrag wird dem Einnahmeverfall durch die Geldentwertung Einhalt geboten; zu diesem Zweck werden die Steuerzahllungen auf Gold umgestellt. Darüber hinaus wird mit allen Kräften an der Umgestaltung des Steuersystems gearbeitet. Die Bewertung der Vermögen soll in Goldmark erfolgen. Die Tarife sollen auf Goldmark lauten. Auf diesem Wege werden wir das Ziel einer Balancierung des Haushaltes zu erreichen suchen; eines Haushaltes, der den Beginn der Gesundung der Finanzen bedeutet.

„Abbau der Nullen“ in Österreich.

An der Wiener Börse waren wieder Gerüchte verbreitet, daß eine Abstempelung der Banknoten beabsichtigt sei, was jedoch an maßgebender Stelle abermals als unrichtig bezeichnet wird. Richtig ist dagegen, daß seit längerer Zeit an den entscheidenden Stellen Beratungen darüber geführt werden, wie dem „Millionenauswechsel“, der in Österreich durch die minderwertige Krone entstanden ist, begegnet werden könnte. Die Banken und die großen Zentralstellen des Kassenverkehrs haben den Beschluss gefaßt, bei Berechnungen die Hunderter und die Tausender nicht mehr zu berücksichtigen. Es sollen nun die Banknoten der Nationalbank, die gegen Banknoten der Öster.-Ung. Bank umgetauscht werden müssen, dahin abgeändert werden, daß Nominale nur bis 1000 berücksichtigt werden. Gegen einen alten Tausender läuft nur eine Note zur Ausgabe, die eine Einheit in der Währung betrifft. Der Hunderter läuft bei der Ausgabe der neuen Noten überhaupt nicht mehr in Berücksichtigung. Es wird als Scheidemünze gelten und ebenso wie der Tausender allmählich aus dem Verkehr gezogen werden. Die kleinste Note wird also in Österreich 10 000 K.-Wert sein und mit einer Einheitsbezeichnung erscheinen. Der Hunderter entspricht circa 10 neuen Währungseinheiten. Auf diesem Wege würde, ohne daß die geringste Veränderung im Werte des österreichischen Banknotenumlauses vor sich geht, eine einheitliche Berechnung ermöglicht.

Der Eisenbahnerstreit im Abschluen.

Warschau, 2. November. (PAT.) Der Streik der Eisenbahnmaschinen ist in ganz Polen im Abschluen begriffen. Der Verkehr beginnt immer mehr normale Formen anzunehmen, besonders der Güterverkehr. Das Eisenbahministerium setzt alles daran, um die Schäden wieder gut zu machen, die durch den Streik in der Belieferung der Hauptzentren der Industrie mit Kartoffeln, Kohle und Zucker entstanden sind.

Am 1. November fand in Dirschau eine Versammlung der streikenden Eisenbahner statt, an der etwa 800 Personen teilnahmen. Ansprüche hielten Eisenbahner aus Dirschau, die erklärten, daß sie durch die Führer der Berufsverbände betrogen worden seien und mit dem 2. November wieder zur Arbeit zurückkehren würden.

Republik Polen.

Die Sparaktion und die Ressortchef.

Wie der „Przeglad Wieczorni“ erfährt, erklärte wegen der Kürzung seines Budgets, die in der letzten Sitzung des Ministerrats beschlossen worden war, der Minister für öffentliche Aufklärung Stanislaw Grabbski, daß er seine Demission einreichen werde. Erst auf das Zurechen des Herrn Domowskis hin gab Herr Grabbski sich zufrieden.

In anderer Weise reagierte, wie dasselbe Blatt schreibt, der General Szepielski auf die Befreiung seines Budgets. Trotz der Versicherung des Herrn Kucharski, daß die Regierung später für die Deckung des außerordentlichen Heeresbedarfs sorgen werde, sandte General Szepielski dem Ministerpräsidenten seine Demission. In einer Nachschrift meldet der „Przeglad Wieczorni“, Ministerpräsident Witos habe die Demission des Kriegsministers angenommen und das Gesuch nach dem Belvedere weitergegeben.

Schlesischer Sejm.

Kattowitz, 1. November. Die letzte Sitzung des schlesischen Sejm besaß sich nochmals mit der Frage der Minderheitsschulen. Der Antrag des deutschen Klubs, zu beschließen, daß die Antwort des schlesischen Wojewoden in Sachen der Minderheitsschulen nicht zur Kenntnis genommen wird, wurde abgelehnt.

Zamoyski aus der Nationaldemokratischen Partei ausgetreten.

Wie eine Warschauer Meldung besagt, ist der Pariser Gefaute Graf Maurycy Zamoyski, der seinerzeit von den Rechtsparteien als Kandidat für den Staatspräsidentenposten aufgestellt worden war, aus der Nationaldemokratischen Partei ausgeschieden und der sogenannten Partei der Nationalen Rechten (Konervative) beigetreten.

Polnische Walutschieber an der Wiener Börse.

Aus Wien wird gemeldet: Polnische Spekulanten schaffen künftige polnische Effekte aus Polen nach Wien, weil an der Wiener Börse die polnischen Effekte bedeutend höher gehandelt werden als an den polnischen Börsen. Infolge dieser Transaktionen sind die polnischen Papiere in Wien plötzlich gesunken, vor allem Papierpapiere. Die polnischen Spekulanten haben diese Papiere gegen Dollars verkauft, die Dollars aber nicht an die P. A. A. P. abgegeben. Infolgedessen hat der polnische Staatschatz großen Schaden erlitten.

*

Die „Gazeta Poznańska“, das Organ der Bürgerlichen Vereinigung in der Republik Polen, hat, wie sie in ihrer Nummer vom 31. Oktober mitteilt, mit diesem Tage wegen Verlagsschwierigkeiten auf unbestimmte Zeit ihr Erscheinen eingestellt.

Zur Verfügung der Abt. „Wriesztorga“ (Kommissariat für den Außenhandel) traf auf der Grenzstation Zdolbanowo ein Transport von 20 Waggons Weizenmehl aus Russland ein, das von Kaufleuten in Polen gekauft worden ist.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 2. November.

Die neuen Eisenbahnfahrtypreise.

Der Eisenbahngüter- und -Personentarif ist bekanntlich am 1. November um 200 Prozent erhöht worden. Die Fahrkarte 3. Klasse kostet danach auf eine Entfernung bis 200 Kilometer pro Person und Kilometer 240 Mark, auf eine Entfernung bis 300 Kilometer 2000 Mark und über 300 Kilometer 1500 Mark. Für die Ausstellung einer Fahrkarte im Zug wird ein Aufschlag von 36 000 Mark erhoben, und für das Einwischen eines Platzes im Zug, ohne die Absicht zu fahren, 120 000 Mark. Der Preis für nummerierte Platzkarten beträgt ohne Rücksicht auf die Entfernung in der 3. Klasse 60 000 Mark, in der 2. Klasse 120 000 Mark und in der 1. Klasse 180 000 Mark. Eine Bahnhofskarte kostet 24 000 Mark. Die niedrigste Gebühr für eine Fahrt ohne Fahrkarte, wenn dies anmeldet worden ist, beträgt 240 000 Mark. Dasselbe zahlt ein Reisender, der mit einer unrichtigen Fahrkarte betroffen wird. Die Gebühr für 10 Kilogramm Reisegepäck beträgt in Personenzügen auf eine Entfernung bis 200 Kilom. 240 M. pro Kilogramm und in Schnellzügen 360 Mark.

§ Änderung des Tarifvertrages für die Landwirtschaft. An einer Verhandlung, die vom Arbeitsministerium am 30. Oktober in der Posener Woiwodschaft einberufen worden war, hat der Artikel 18 des Tarifvertrages für die Landwirtschaft eine Änderung erfahren. Hier nach werden von nun an die Börsennotierungen vom 25. bis Schluß eines jeden Monats für die Lohnberechnungen der Landarbeiter zugrunde gelegt werden. Der in der letzten Nummer unseres Blattes bekannt gegebene Moagengepreis für diese Berechnung wird demnach hinfällig. Der maßgebende Preis wird sofort nach Festsetzung mitgeteilt werden.

§ Die Eisenbahn-Fahrtypreise Dirschau—Danzig, die nach einer Meldung der Dirschauer „Deutschen Zeit.“ auf 3 Millionen Polenmark erhöht werden waren, sind herabgesetzt worden. Die Fahrt Dirschau—Danzig kostet 600 000 Polenmark, ist also immer noch verhältnismäßig viel teurer als die Strecke Bromberg—Dirschau, die obgleich etwa viermal so lang, im D-Zug nur 470 000 Polenmark kostet. — Die Fahrkarte 3. Kl. kost. (seitens Ropot) kostet 280 000 M., also etwa die Hälfte der kurzen Strecke Dirschau—Danzig.

§ Luftverkehr Danzig—Warschau—Lemberg—Kraakau. Wie die Polnische Luftlinienschaffung mitteilt, ist am 29. Oktober der Luftverkehr auf den oben bezeichneten Linien wieder aufgenommen worden. Der Verkehr findet nach folgendem Fahrplan und Tarif statt: Abflug von Warschau nach Danzig: 8.30 früh, von Danzig nach Warschau 12.45 nachm. am Montag und Freitag. Fahrpreis 6 Millionen. — Abflug von Warschau nach Lemberg 8.30 früh, von Lemberg nach Warschau um 1 Uhr mittags am Dienstag und Sonnabend. Preis 6½ Millionen. — Strecke Warschau—Kraakau: Abflug von Warschau 8.30 früh, von Kraakau 12.30 nachm. Mittwoch und Donnerstag. Preis 5 Millionen. An allen Flugplätzen stehen zur Bequemlichkeit der Passagiere Autos bereit, die gegen entsprechenden Preis zur Fahrt nach der Stadt benutzt werden können. Die Luftpost erhalten die Hauptpostämter.

§ Überdruck-Briefmarken zu 10 000 Mark sind in Umlauf gegeben worden. Die 25-Mark-Briefmarken haben den

Überdruck „10 Tysięcy“. Dieser Überdruck ist allerdings nicht scharf in voller schwarzer Farbe gehalten, sondern in durchbrochener Form, so daß er sich nur schwach vom Untergrund abhebt.

§ Auf den beiden katholischen Friedhöfen wurden am gestrigen Allerheiligen-Feiertage die Gräber mit Kränzen, Sträußen und Blumen geschmückt, und vielfach auch, der Sitte gemäß, brennende Lichter aufgestellt. Gegen 5 Uhr nachmittags fand eine Andacht im Freien statt.

§ In polizeilicher Aufbewahrung im 1. Postzettelrevier, Neuer Markt (Nowy Rynek), befindet sich ein Federbett, ein Fernglas und ein Zigarettenetui. Die rechtmäßigen Besitzer können sich dort melden.

§ Aufgeklärte Diebstähle. Aus einer Mechanikerwerkstatt des Hauses Bahnhofstraße (Dworcowa) 90 wurden verschiedene Teile von Fahrrädern im Gesamtwert von 17 Millionen Mark gestohlen. Als Täter wurden ermittelt ein Edward Pawlak und ein Josef Butawa von hier, denen die Sachen abgenommen und dem rechtmäßigen Besitzer wieder zurückgegeben wurden. — In einer Wohnung des Hauses Mittelstraße (Sienkiewicza) 64 wurde ein goldener Trauring gestohlen. Als Dieb wurde ein gewisser Marian Dudkiewicz ermittelt, dem der Ring abgenommen wurde. — Auf dem hierigen Bahnhof verhaftete die Kriminalpolizei einen gewissen Fabian Orzechowski, der gestohlene Blech mit sich führte. Nach seinen eigenen Angaben hat er es aus den Eisenbahnwerkstätten in Katowice gestohlen. — Festgenommen wurde ferner ein gewisser Gustav Nowak, der vor einiger Zeit ein Federbett gestohlen hatte.

§ Festgenommen wurden in der Zeit von Mittwoch bis heute nur fünf Personen: drei Diebe und zwei Tanten.

** „Die Scholle“ liegt der heutigen Nummer bei, worauf wir unsere Leser hiermit aufmerksam machen.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Janus. Dienstag, den 6. 11., abends 8 Uhr. Verslg. I (Trauerloge). Chor der Christus- und Pfarrkirche. Übungsstunde heute, Freitag, den 2. 11., abends 8 Uhr, im Gemeindehaus. (10618)

Katius-Gesellschaft „Erholung“. Sonnabend, 3. November, 8 Uhr. Gefellschaftsabend mit Tanz. Beginn der Vorführungen pünktlich 8½ Uhr. (10620)

D. G. f. A. u. W. Dienstag, den 6. November 1928, Lichtbildervortrag von Herrn Studienrat Liebermann-Danzig: „Bewohnte Welten?“ Eintrittskarten Danziger Straße 22, III. (10618)

* * *

dr. Nakel (Naklo), 31. Oktober. Am Sonnabend, 27. d. M., fand im Saale des Schützenhauses ein vom Männer-Gesangverein „Liedertafel - Konkordia“ veranstalteter Unterhaltungsabend statt, der von Stadt und Land reichlich besucht war. Außer der von der Bromberger „Deutschen Bühne“ hervorragend gut gespielten Komödie „360 Frauen“, wurden den Gästen einige Gesangsvorläufe des Vereins unter Leitung des stellv. Dirigenten Herrn Chröter geboten, die reichen Beifall fanden. Den Mitgliedern der „Deutschen Bühne“ gehörte herzlicher Dank, und es wurde allgemein dem Wunsche Ausdruck gegeben, sie recht bald wieder in unseren Mauern begrüßen zu dürfen. Gegen Mitternacht trat der Tanz in seine Rechte.

* Posen (Poznań), 30. Oktober. Der Wirt Nowak aus der Umgegend von Posen hat seine Frau erschlagen und dann, um einen Unfall vorzutäuschen, die Leiche in den Dreschraum geschleppt. Nowak unterhielt ein Liebesverhältnis, wobei ihm seine Frau im Wege war. Nowak wurde vom hierigen Schwurgericht wegen Mordes zum Tode verurteilt. — Der Frauenvorwurf, der am Sonntag, 14. d. M., hinter Oberschlesien nach Bujaj verübt worden ist, ist dank der unermüdlichen, zielsicheren Bemühungen der Posener Kriminalpolizei, die einen besonders umsichtigen Kriminalbeamten, einen ehemaligen deutschen Beamten, mit den Ermittlungen beauftragte, restlos aufgeklärt worden. Der Mörder, der 32jährige Gärtner Adam Dabiński, der seit etwa drei Monaten in Oberschlesien ansässig war, sitzt seit gestern abend im Posener Polizeigefängnis. Die Ermordete ist die erste Ehefrau des Mörders, Anastasia Dabińska, von der er sich aber bereits vier Monate nach seiner Verheiratung im Jahre 1910 getrennt hatte, ohne sich von ihr scheiden zu lassen. Gleichwohl hat er sich im Jahre 1921 zum zweiten Male verheiratet. Der Täter ist geständig. Argend welche Neuheit scheint er über seine furchtbare Bluttat nicht zu empfinden.

r. Birke (Sierakow), 29. Oktober. Auf dem heutigen Wochenmarkt waren im Vergleich zum vorigen Donnerstagmarkt die Preise durchweg um 30 bis 50 Prozent gestiegen, und der Tauschhandel mit Lebensmitteln gegen andere Bedarfsgegenstände hat immer mehr den Kauf gegen Scheine verdrängt. Butter und Eier, wie auch Kartoffeln und Getreide wurden höher als in Posen gehandelt, meist 10 Prozent über Posen. — In einer der letzten Nächte hatten Diebe beim Abbaubetrieb Friedrich mehrere Sennert Roggen gestohlen und einen Teil davon im nahen Wäldchen versteckt. Da man das Versteck aufdeckte, so wurde in der nächsten Nacht unter Anziehung der Polizei die Stelle beobachtet, und die Spitzbuben, zwei bekannte hierige Langfinger, wurden abgefasst.

Hauptchristleiter: Gottbold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Rellamen: E. Prangoda, Druck und Verlag von A. Dittmann C. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

OSRAM
NITRA

OSRAM
must auf der Glasglocke stehen

Wer gutes Licht
will
scheue die Kosten
nicht.

